Zeitschrift: Bericht des Regierungsrathes an den Grossen Rath über die

Staatsverwaltung des Kantons Bern ...

Herausgeber: Regierungsrath des Kantons Bern

Band: - (1853)

Anhang: Anhang

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

und Afill. Die erderel Kabelle liellt ven Vurionad var. Gelden ver Siaar ist John 1853 für die Schregoriaire bestehten musica, nuovaterlier ver zu Schrößung ver Korlen

werden ladie, inde die Geschungen, Bürrans und Julickaffen der Sugarkakselikkall, die Kangeloor und Beckennideren

Shie Becerhing verfeiten enthallen ble Littellen KVII

uthit in Beconing cobrade

Anhang.

Mittheilungen bemerkenswerther Entscheidungen des Appellations- und Kassationshofes und der Polizeikammer.

Die eingelnen Geschwornenbeiten und ver gehaltenen Sieun

Koften ves schwargerläuligen Berfahrens mit Rückicht auf

Die fibliere Labelle Lagegeb giebt eine Urbellicht ver

Kaffationsgesuche gegen Affisenurtheile.

Things

Rassation eines Urtheils des Assisenhofes wegen Unterbrechung der Verhandlungen, entgegen Art. 409 St. V.

Jakob Rutschmann wurde unterm 16. Juli 1853 von den Geschwornen des IV. Bezirks der Brandstiftung unter mildernden Umständen schuldig erklärt und zu einer zwanzigs jährigen Rettenstrafe, zum Schadensersatz und zu Bezahlung der Kosten verurtheilt. Die Verhandlung vor den Gesschwornen hatte bereits am 14. Juli begonnen, war jedoch auf den Antrag der Staatsanwaltschaft bis zum 16. Juli unterbrochen worden.

Das Protokoll des Assisenhofes des IV. Geschwornens bezirks vom 14. Juli 1854 enthält über diese Berschiebung Folgendes:

Turkethennakelantre!!

Die Staatsanwaltschaft verlangt das Wort und spricht in ihrem Vortrage die Ansicht aus, die Anbringen der Ehesfrau Rutschmann seien geeignet, die Beurtheilung der vorsliegenden Strafsache zu verschieben, um die von derselben bezeichneten Entlastungszeugen ebenfalls zum Hauptverfahren vorzuladen, weßhalb sie ohne gerade bestimmte Anträge zu stellen, beim Richterkollegium den Bunsch ausspreche, es möchte die Verhandlung und Beurtheilung zum Zwecke der Vorladung fraglicher Zeugen von Amtes wegen verschoben werden. Der Vertheidiger pflichtete diesem Anbringen bei; ebenso der Angeklagte.

Das Richterkollegium hat nun in geheimer Berathung und Abstimmung von Amtes wegen verfügt:

- 1) Es ist, wenn sowohl die Staatsanwaltschaft als die Geschwornen, der Vertheidiger und der Angeflagte keine Einwendungen dagegen erheben, die Suspension der Verhandlungen in vorliedender Sache bis den 16. dieß, des Morgens um 8 Uhr, ausgesprochen, inzwischen aber mit der Behandlung des auf Morgen den 15. Juli angesetzen Geschäftes fortzufahren.
- 2) Mit Einwilligung sämmtlicher Betheiligten sind die bereits abgehörten Zeugen zu entlassen, deren sind ausgennommen 2c. 2c. Diese Beschlüsse wurden vom Prässenten öffentlich ausgesprochen 2c. Sowohl die Staatsanwaltschaft als die Geschwornen, der Vertheidiger und der Angeklagte erklären gegen die Verschiebung in angegebener Beise, sowie gegen die Entlassung der Zeugen keine Einwendungen vorzubringen zu haben.

Den 16. Juli wurden nun die Verhandlungen der Assisen wieder fortgesett, wo sie den 16. Juli abgebrochen worden waren, und endeten mit der Verurtheilung des Rutschmann zu 20 Jahren Kettenstrafe.

Gegen dieses Urtheil ergriff Rutschmann den 19. Juli das Rechtsmittel der Rassation.

Bei der Verhandlung vor dem Appellations und Kassastionshofe schloß sich die Staatsanwaltschaft — Herr Bezirksprofurator Buri als Stellvertreter des Generalprofurators — dem Antrage des Gesuchstellers an.

Der Appellations und Kassationshof kassirte hierauf bas Urtheil des Assissenhofes und zwar

in Anwendung folgender Art. 1, 409, 478, 2, 487 und in Annahme folgender Entscheidungsgründe:

- 1) Daß nachdem einmal eine Verhandlung vor dem Geschwornengericht begonnen, dieselbe nur dann untersbrochen oder verschoben werden darf, wenn es zur nöthigen Erholung der Richter, der Geschwornen, der Zeugen und der Anzeklagten dient (Art. 409) oder wenn aus den Verhandlungen hervorgeht, daß wahrsscheinlich eine andere Person als der Angeklagte die strafbare Handlung begangen oder daß der Angeschuldigte Mitschuldige hat. (Art. 422.)
- 2) Daß nach dem Geiste des Strafverfahrens, daß die Ausmittlung der materiellen Wahrheit in den gegebenen Fällen zum Gegenstande hat, eine Verschiebung oder Unterbrechung der Verhandlungen auch dann gerechtsfertigt erscheinen mag, wenn während derselben wichtige, bisher unbekannte Beweismittel entdeckt werden.
- 3) Daß aber in einem solchen Falle die Verhandlungen, entweder in möglichst kurzer Zeit und ohne daß andere Geschäfte dazwischen kommen, fortgesetzt, oder aber wenn dieses nicht möglich ist, von vornen begonnen werden müssen, weil sonst leicht fremder Einfluß, welcher möglichst fern zu halten ist, sich geltend machen, und der Totaleindruck der mündlichen Verhandlung, auf den allein die Geschwornen ihr Verdist abzugeben haben, geschwächt werden könnte.
- 4) Daß gemäß dieser Grundfätze eine Unterbrechung der Verhandlungen in Sachen des Jakob Rutschmann wohl

zuläßig war, zumal sie die Berufung neuer Zeugen bezweckte; daß aber, da die Beibringung der neuen Zeugen erst auf den dritten Tag möglich war und in der Zwischenzeit von einem und demselben Geschwornensgerichte andere Straffälle verhandelt wurden, die Vershandlungen am 16. Juli nicht einfach mit der neuen Zeugenabhörung hätten fortgesetzt, sondern von vornen angefangen werden sollen.

5) Daß die Zustimmung des Vertheidigers und des Angeflagten zu der Verschiebung den Mangel, mit dem die Verhandlungen und das Urtheil behaftet sind, nicht hebt, weil in Strafsachen kein konventionelles Verfahren Anerkennung sinden darf, jedenfalls da nicht, wo es sich um gesetzliche Hauptgrundsätze handelt.

Den 21. Oftober 1853 kam der nämliche Fall vor den Assische des IV. Geschwornenbezirks neuerdings zur Beurtheislung, welche wie das erste Mal die Verurtheilung des Rutschsmann zu 20 Jahren Ketten zur Folge hatte.

duligenolissisch nie Sounmerkung. is inreine Stelles if

Gegen desse Uribeile reichte der Bezirlöprofurator bes

Nach der ersten Beurtheilung des Autschmann, wurde ein neuer Zeuge aufgefunden, der auf's Bestimmteste aussagte, er habe den Angeschuldigten zur Zeit des Brandes in der Nähe von Grafenried gesehen und erkannt, wodurch dessen Alibibeweis vollständig entkräftet wurde. Die Aussage dieses neuen Zeugen war von um so größerer Wichtigkeit, als das Resultat der ersten Verhandlungen so zweiselhaft war, daß im Schoose des Gerichts-hoses die Frage aufgeworfen wurde, ob nicht die Geschwornen sich im Irrthume besinden und es daher der Fall sei, von der Bestugniß Gebrauch zu machen, welche Art. 441 dem Richterkollegium einräumt.

sperrung und zu ben Kosten gegenäher bem Staate gu

gulagia ivar, gumai he**ll**vie Beinfung ineder Zenden

Rassation eines Urtheils des Assisenhofes des II. Bezirks, wegen unrichtiger Gesetzes = anwendung. (Art. 478, 4 und 490.)

Unterm 11. Dezember 1852 wurden Samuel Jost und Joseph Hinni durch den Wahrspruch der Geschwornen des zweiten Bezirks schuldig erklärt:

eines zur Nachtzeit begangenen Diebstahls im Werthe über 10 Franken a. W., in Gesellschaft eines Diebsgenossen unter mildernden Umständen.

Gestütt darauf verurtheilte der Assissenhof des II. Bezirks, in Anwendung des S. 10, Ziffer 1 und 3 und S. 11 des Gesetzes vom 15. März 1836 und Art. 4 der Verordzung vom 27. Juni 1803, den Samuel Jost korrektionell zu sechs Monaten Einsperrung und den Joseph Hinni zu fünf Monaten Einsperrung mit Abzug von 19 Tagen Unterzuchungshaft; ferner beide solidarisch zu den Kosten.

Gegen dieses Urtheil reichte der Bezirksprokurator des II. Bezirks unterm 11. Dezember 1852 ein Kassationsgesuch ein, worin er nachwies, daß nach den angeführten Gesetzesstellen allerwenigstens ein Viertheil des am Schlusse des S. 11 des Gesetzes vom 15. März 1836 angedrohten Strafsmaßes von zwei Jahren, somit wenigstens sechs Monate andauernde Strafe hätte ausgesprochen werden sollen, und den Antrag stellte:

- 1) Das obbezeichnete Erfenntnig aufzuheben.
- 2) Der Appellations- und Kassationshof möge selbst ein auf den Wahrspruch der Geschwornen gestütztes End- urtheil fällen.
- 3) Joseph Hinni sei durch dasselbe zu sechs Monaten Einsperrung und zu den Kosten gegenüber dem Staate zu verfällen.

Der Appellations und Kassationshof kassirte am 24. Jänner 1853 das Urtheil des Assischnoses und fällte gemäß dem Antrage des Generalprokurators und auf Grundlage des Wahrspruches der Geschwornen nach Vorschrift des Art. 490 St. V. ein neues, den Bestimmungen des Gessetzes entsprechendes Urtheil, welches sich stütt auf folgende Entscheidungsgründe:

- 1) Daß durch den Wahrspruch der Geschwornen die Angestlagten, Samuel Jost und Joseph Hinni, überwiesen sind, zum Nachtheil des Niklaus Graf einen Diebstahl begangen zu haben, und zwar an einem Gegenstande, dessen Werth 10 Franken alte Währung übersteigt, zur Nachtzeit und in Gesellschaft.
- 2) Daß nach dem nämlichen Wahrspruche die That unter mildernden Umftänden stattgefunden.
- 3) Daß bei diesem Thatbestande folgende Gesetze in Answendung kommen, S. 10, Ziffer 1 und 3 und S. 11 des Gesetzes vom 15. März 1836, Dekret vom 22. September 1847 und damit in Verbindung der §S. 1 und 5 des Gesetzes vom 27. Jänner 1800 und S. 4 des Gesetzes vom 27. Juni 1803.
- 4) Daß nach der hier zur Anwendung kommenden Schlußstelle des erwähnten S. 11 des Gesetzes vom 15. März
 1836 das Minimum der Strafe auf zwei Jahre Zuchthaus sestgesetzt ist, und diese Strafe nach den angeführten Milderungsgesezen nicht weiter herabgesetzt werden darf, als auf den vierten Theil, unbeschadet der
 gesetzlich gestatteten Strafumwandlung.
- 5) Daß nach den angeführten Gesetzen die Strafe eine peinliche sein muß.
- 6) Daß indessen das Urtheil des Assisenhofes, betreffend den angeklagten Jost nicht speziell und namentlich nicht wegen der Qualifikation seines Vergehens angesochten worden ist.

7) Daß das angefochtene Urtheil des Assisenhofes vom 11. Dezember 1852, betreffend Hinni, allerdings auf falscher Gesetzanwendung beruht.

III.

Rassationsgesuch wegen unrichtiger Anwendung bes Strafgesetzes. (Art. 478, 4.)

Unterm 4. Oktober 1853 wurde Samuel Bloch, Lazarus sel. und der Judith, geb. Weil, Sohn, von Emmendingen, Großherzogthums Baden, von den Geschwornen des II. Bezirks schuldig erklärt, absichtlich und zum Nachtheile der Rechte des Johannes Ziehli, Täuschungen unternommen zu haben, wobei der Betrag des durch dieselben gestisteten Schadens Fr. 150 überstieg, jedoch unter Annahme von mildernden Umständen. Die fernern an die Geschwornen gestellten Fragen, nämlich:

Hat Samuel Bloch namentlich den Johannes Ziehli durch falsche Angaben in Betreff solcher Eigenschaften, die Ziehli ausdrücklich verlangt hat, irre geführt?

Hat Samuel Bloch den Johannes Ziehli, rechtswidriger Weise, durch absichtliche Veranlassung eines Irrthums bestimmt, einen Vertrag zu schließen?

wurden von den Geschwornen verneint.

Ganz gleich lautete der Wahrspruch gegen den Mitansgeschuldigten des Bloch gegen Isaak Dreifuß, jedoch ohne Annahme mildernder Umstände. Derselbe wurde überdieß im nämlichen Urtheil einer Unterschlagung zum Nachtheile des Ursus Pauli in einem Werthe von mehr als Fr. 100 a. W. schuldig erklärt.

Gestütt auf diesen Wahrspruch und in Anwendung des §. 2 der Verordnung vom 27. Juni 1803, der §. 20, 23 und 7 des Gesetzes vom 15. März 1836 und Art. 446 St. V. wurden vom Assischhofe verurtheilt:

- 1) Samuel Bloch korrektionell zu zwei Jahren Amtsvers weisung.
 - 2) Isaak Dreifuß peinlich in contumaciam zu einer viers jährigen Zuchthausstrafe.
 - 3) Beide solidarisch zu einer Entschädigung von 290 Franken, ferner zu Einhundert Franken Civilkosten und 65 Franken Kosten des strafrechtlichen Verfahrens an Johnnes Ziehli, Gutsbesitzer zu Oberbottigen.
 - 4) Dreifuß allein zu einer Entschädigung von 370 Franken an Ursus Pauli, Müller in Rütti.
 - 5) Beibe solidarisch zu Bezahlung der Kosten gegenüber bem Staate, die festgesetzt wurden auf 206 Franken.

Gegen dieses Urtheil reichte Samuel Bloch ein Kassationss gesuch ein, gestützt auf folgende Gründe:

Dreifuß habe dem Ziehli ein mit einem gesetzlichen Geswährsmangel behaftetes Pferd vertauscht und durch den Wahrsspruch der Geschwornen sei festgestellt, daß Herr Bloch den Ziehli in Bezug auf dieses Tauschgeschäft,

- 1) weder durch falsche Angaben in Betreff solcher Eigensschaften, die Ziehli ausdrücklich verlangt, irre geführt (S. 680 C.),
- 2) noch den Ziehli rechtswidriger Weise durch absichtliche Veranlassung eines Irrthums bestimmt habe, einen Vertrag zu schließen.

Es sei nun also durch den Wahrspruch der Geschwornen ausgemacht, daß Bloch an dem Tauschgeschäfte, durch welches Herr Ziehli benachtheiligt worden sein solle, keinen Antheil genommen habe, demnach hätte der Assienhof den Bloch von Schuld und Strafe freisprechen und vom Civilanspruche des Ziehli befreien sollen. Mithin sei durch das Urtheil nicht bloß das Strafe, sondern auch das Civilgesetz falschangewendet worden.

Gesetzt aber auch, manlege der Beantwortung der achten Frage durch die Geschwornen einen andern Sinn bei, so sei doch nur ein Civilbetrug vorhanden, so daß Bloch für die Gewähr einstehen mußte; nie aber sei es durch den Wahrspruch hergestellt, daß Bloch sich eines Kriminalbestrugs schuldig gemacht. Es sei daher auch in diesem Falle das Strafgesetz falsch angewendet worden.

Der Appellations und Rassationshof hat dieses Gesuch nach dem Antrage des Generalprofurators den 30. November 1853 verworfen und den Gesuchsteller zu den Kosten verfällt, in Annahme folgender Entscheidungsgründe:

- 1) Daß Samuel Bloch zufolge des Wahrspruchs der Gesichwornen schuldig ist, absichtlich und zum Nachtheil der Rechte des Johann Ziehli Täuschungen untersnommen zu haben.
- 2) Daß die von den Geschwornen in verneinendem Sinne beantwortete Frage: "Db Bloch den Ziehli rechts» widriger Weise durch absichtliche Veranlassung eines Irrthums bestimmt habe, einen Vertrag zu schließen," der allgemeinen Schuldigerklärung nicht widerstreitet, indem die letztere Frage nähere Umstände über die Art und Weise der Verübung des Vergehens enthält und also durch die Verneinung derselben bloß ausgesprochen worden ist, daß diese Nebenumstände bei Bloch nicht zutreffen.
- 3) Daß kein Strafgesetz den Begriff von Betrug aufstellt, daß aber die Verordnung vom 27. Juni 1803, §. 2 festsetzt, daß alle Vergehen, über welche in den vorshandenen Gesetzen keine Bestimmungen enthalten sind, nach Ermessen des Gerichtes zu bestrafen seien.
- 4) Daß somit das Nichterkollegium des Assisenhofes weder durch das grundsätliche Erkenniniß, daß die Handlung des Bloch strafbar sei, noch durch die Anwendung einer Strafe jene Verordnung falsch angewendet hat.

anaemenbet morben.

Daß gwar vie Bestimmungn ves Art. 545 u. f. St. B.

über Errafverjährung aus Straffachen. mile erif

Verjährungsfristen laufen erst vom 1. Juli 1851 an.

lagetlagten glünfligere, poterrilleskir

Joseph Gerster wurde unterm 26. Februar 1848 vom Obergerichte des Kantons Bern, wegen Aufruhrs, Mißshandlung und Nachtmuthwillen, zu einer Gefangenschaft von 60 Tagen, Buße von Fr. 30 und Kosten verurtheilt.

Dieses Urtheil wurde unterm 24. März 1848 dem Vogte des landesabwesenden Joseph Gerster eröffnet, welcher auch die seinem Vögtling auferlegten Untersuchungskosten bezahlte.

Die Fr. 30 Buge murben bagegen nicht eingeforbert, bis Gerfter im Laufe bes Sommers 1853 aus Reapel, wo er unterbeffen in Diensten gestanden, nach Laufen auf Urlaub zurückfehrte. Auf die an ihn erlaffene Aufforderung, die ihm durch das obergerichtiche Urtheil auferlegte Buße zu bezahlen, oder dieselbe durch Gefangenschaft abzubugen, erhob Gerster gegen die Vollziehung Ginspruch aus dem Grunde, weil bas Urtheil nach Art. 636 code d'inst. crim. und Art. 551 St. B. verjährt fei. Durch bas Regierungs= statthalteramt Laufen murde diese Frage dem Appellations= und Kaffationshof zur Entscheidung vorgelegt, und von bemselben nach dem Untrage des herrn Generalprofurators erkennt: es fei die burch obergerichtliches Erkenntnig vom 26. Kebruar 1848 ausgesprochene Strafe nicht als verjährt anzusehen, und Gerfter baber mit feiner gegen die Boll= ziehung bes Urtheils erhobenen Einsprache abzuweisen und zu den Rosten zu verurtheilen. andlam mit fil nachmit

Das Gericht gieng aus von folgenden Entscheidungs= gründen:

- 1) Daß zwar die Bestimmungen des Art. 545 u. f. St. B. über Strafverjährung auch auf solche Strafurtheile ihre Anwendung finden, welche vor dem 1. Juli 1851 (als dem Zeitpunkte des Inkrafttretens des neuen Strafprozeßgesethuches) ausgefällt wurden, weil nach allgemeinen anerkannten Rechtsgrundsätzen spätere, dem Angeklagten günstigere, materielle Bestimmungen auch früheren Straffälligen zu gut kommen sollen.
- 2) Daß aber in Betreff aller Strafurtheile, welche vor dem 1. Juli 1851 erlassen worden sind, nicht der Tag ihrer Erlassung oder Eröffnung, sondern der erwähnte Zeitpunkt des Inkrafttretens des neuen Strafverfahrens als terminus a quo, die Verjährung zu laufen ansfängt, anzusehen ist, weil
 - a. früher gar feine Verjährung galt,
 - b. die Verjährung als ein rein positives, willfürliches Institut, bezüglich des Anfangspunktes nicht weiter zurück bezogen werden darf, als auf den Zeitpunkt, da das Gesetz, durch welches sie eingeführt wurde, in Kraft getreten ist,
- c. ber Gesetzeber, wenn er etwas anderes hätte stauiren wollen, dieses ausdrücklich hätte sagen müssen, mährend aus Art. 6 der Promulgations» verordnung gefolgert werden könnte, daß, da alle Straffälle, in denen die Hauptuntersuchung am 1. Juli 1851 noch nicht eingeleitet war, nach den Vorschriften der frühern Gesetze verfolgt und ersledigt werden sollen, in allen Straffällen aus früherer Zeit die Verjährung dahin und daweg ausgeschlossen sei.
- 3) Daß somit im vorliegenden Falle nur noch zu unters suchen ist, in welcher Zeitfrist die gegen Josofeph Gerster ausgesprochene Strafe durch Verjährung getilgt werden konnte.

- 4) Daß das gegen Gerster ausgefällte Strafurtheil sowohl nach der Natur des Vergehens, als nach der Natur der ausgesprochenen Strafe zu den korrektionellen Strafsfällen gehört, mithin bezüglich desselben die Verjährung erst nach Ablauf von fünf Jahren eingetreten sein würde. (Art. 547 St. B.)
- 5) Daß aber diese Verjährungsfrist, die nach den aufgestellten Grundsätzen erst mit dem 1. Juli 1851 zu laufen ansieng, dermalen noch nicht verstrichen ist.

II.

Unterm 7. März 1849 wurde Franz Schmidlin von und zu Dittigen vom Richteramte Laufen wegen Holzfrevels zu einer Buße von Fr. 17 a. W., und Fr. 10 a. W. Schadensersatzu und zu Bezahlung der Kosten verurtheilt. Als der Regiesrungsstatthalter von Laufen im Laufe des Sommers 1853 den Schmidlin aufforderte die Buße zu bezahlen, erhob dersselbe die Einrede der Verjährung, gestützt auf Art. 639 ff. des code d'inst. crim., sowie nach Art. 551 St. V.

Der Generalprokurator, welchem die Akten von Seite des Appellations und Kassationshofes zur Begutachtung zugewiesen wurden, theilte die Ansicht des Einsprechers, worauf der Appellations und Kassationshof durch Urtheil vom 17. Oktober 1853

erfannte:

- 1) Es ist die gegen Franz Schmidlin, von und zu Dittigen, zufolge Urtheils des Gerichtspräsidenten von Laufen vom 7. März 1849 ausgesprochene Strafe verjährt.
- 2) Schmidlin hat jedoch von daher feine Rosten zu fordern. Das Erfenniniß stütte sich auf folgende Erwägungen:
- 1) Daß nach Art. 546 St. B. die wegen Polizeiüberstretung erkannten Strafen nach Ablauf von zwei Jahren, von dem Tage der Rechtskraft des Urtheils an zu rechnen, verjähren.

- 2) Daß das gegen Franz Schmidlin unterm 7. März 1849 erlassene Urtheil wegen Holzfrevels erfolgt ist, somit eine Polizeiübertretung zum Gegenstande hat.
 - 3) Daß vom 1. Juli 1851 (von welchem Zeitpunkte hinweg auch für früher erlassene Strafurtheile die Verjährung zu laufen anhebt) bis zum Zeitpunkte der Einforderung der Buße mehr als zwei Jahre abgelaufen
 sind, somit die Strafe verjährt ist.

C.

Urtheile der Polizeikammer.

tiven valid the historians Anniene unique Professor

Untersuchung gegen Karl Gutnecht, wegen Nachdruck.

Unterm 9. Juni 1853 zeigte Herr Oberst Kurz in Bern, Namens des Festausschusses für das Bundesfest dem Nesgierungsstatthalteramte Bern an: Der Festausschuß habe ein Programm für das Bundesfest drucken lassen und den Erslös als Beitrag zu den Kosten des Festes bestimmt. Karl Gutsnecht habe nun dieses Programm beinahe wörtlich nachsgedruckt und verkaufe nun das Eremplar um 10 Cent. wohlseiler. Zugleich verlangte der Anzeiger die Beschlagnahme der bei Gutsnecht erschienenen Auslage. Gutsnecht gab zu, das Festprogramm herausgegeben zu haben, allein in einer selbstständigen Bearbeitung, weßhalb ein Nachdruck hier nicht vorliege.

Die Auflage des Gutknecht wurde sodann, soweit sie noch vorhanden war, mit Beschlag belegt, ebenso der Sat des Programms. Da Gutknecht es außerdem noch unterslassen hatte, nach Vorschrift des S. 11 des Prefgesetzes ein Exemplar der Schrift dem Regierungsstatthalteramte Bern abzuliesern, so beantragie die Staatsanwaltschaft Verurtheislung des Gutknecht in die daherige Buße.

Durch Urtheil vom 11. Juni wurde Gutknecht von dem Polizeirichter von Bern des Eingriffes in fremdes Eigensthum schuldig erklärt und zu einer Buße von Fr. 40 und den Rosten verurtheilt. Ferner wurde die vom Regierungssstatthalteramte angeordnete Beschlagnahme gut geheißen und verfügt, dieselbe solle bis nach dem Feste fortdauern. Gutsknecht erklärte gegen dieses Urtheil die Appellation.

Die Polizeikammer gieng in ihrer Beurtheilung dieses Falles von anderen Grundsähen aus, als der Polizeirichter. Sie erklärte den Gutknecht eines Eingriffs in fremdes Eigensthum nicht schuldig, hob die verhängte Beschlagnahme der gedruckten Programme auf, verurtheilte ihn dagegen in Answendung des Art. 11 des Prefgesehes zu einer Buße von Fr. 10 und wies ihn mit seinem Entschädigungsgesuch gegensüber dem Festausschusse ab. Die erstinstanzlichen Kosten wurden zur Hälfte dem Staate und zur Hälfte dem Gutsknecht auferlegt, und der Festausschuß dem letztern gegensüber zu den Kosten verurtheilt. Dem Urtheile lagen zum Grunde folgende Entscheidungsgründe, (betreffend den Eingriff in fremdes Eigenthum):

- 1) Daß das von Karl Gutknecht gedruckte und herausgegebene Programm der Bundeskeier, dem Inhalte und
 in der Hauptsache auch dem Wortlaute nach, mit dem
 vorher vom Festausschusse herausgegebenen übereinstimmt und somit nur eine Reproduktion desselben
 enthält.
- 2) Daß aber ein Nachdruck in der technischen Bedeutung des Wortes nicht vorliegt, weil der Nachdruck ein geistiges Eigenthum, entsprungen aus litterarischer Thätigkeit, voraussest.
- 3) Daß ein Programm, als solches, nicht als Produkt einer geistigen Thätigkeit kann betrachtet werden und auch das Programm des Festausschusses nichts enthielt, als eine Mittheilung des Details der bevorstehenden Festlichkeiten.

- 4) Daß somit abgesehen von ber Frage, ob S. 2 ber Verordnung vom 27. Juni 1803 auf ben Nachbruck feine Unwendung finde. - Der gefetgeberifche Grund bes Nachbrucksverbots, nämlich bie Begunftigung und Beförderung geistiger Thätigfeit im vorliegenden Fall Gue nicht zutrifft. Dem Remes dan Sie bleutendebeid ablituge
- 5) Daß gleichwohl die Handlungsweise des Gutfnecht, ihrer Analogie mit bem Nachdruck wegen, sich nach allges meinen Rechtsgrundsäten als verwerflich barftellt und bemnach die Berweigerung einer Entschädigung als ges rechtfertigt erscheint, ba ber Entscheid über die Frage, ob dem freigesprochenen Angeschuldigten eine folche gebühre nach Art. 20 des Gesetzes vom 12. März 1853 lediglich dem Ermeffen des Gerichts anheimgestellt ift. oly Die erstinstanglichen Kosten

Ungesetliche Zusammensetzung eines Amtsus ven Rollen, verat tobirs Dem Uribeile lagen gun

Berr Umtofchaffner von Grünigen reichte unterm 21. Dezember 1852 bem Richteramte Saanen eine Unzeige gegen Christian Unnen, Rüber zu Lauenen, und gegen bie Brüber Friedrich und Samuel Reichenbach ein, wegen eines betrügerischen Raufes, den ersterer mit den beiden lettern abgeschloffen habe, und durch welchen die Gläubiger des Unnen und unter ihnen namentlich der Anzeiger von Grünigen, in beffen nachherigen Güterabtretung, zu Schaben gefommen seien. Die daherige Untersuchung wurde dem forrektionellen Gerichte - Amtsgericht Saanen - jur Beurtheilung juge= wiesen. Bon ben vier Umterichtern befanden zwei fich im Kalle fich zu rekufiren und gegen einen Erfagmann, Meggermeifter Salbi in Saanen, reichten die Gebrüder Reichenbach ein Refusationsgesuch ein und begründeten dasselbe burch folgende Anbringen: wordingen 2000 mindre and dup

Nach den Bestimmungen des Straf- wie des Civilprozeffes muffe eine Gerichtsperson, um als solche funktioniren zu können, allen Erfordernissen entsprechen, welche an einen vollgültigen Zeugen gestellt werden; dieß sei aber bei herrn Halbi nicht ber Fall.

Dieser lettere stellte bagegen in Abrede, fich in einem Refusationsfalle zu befinden und erflärte an ber Beurtheis lung bes Geschäftes Theil nehmen zu wollen. Am 18. Dftober 1853 fam die Sache zur Beurtheilung vor bas Amtsgericht Saanen, wobei am Plat ber Amterichter Sauswirth und Perreten, welche fich felbit refusirt hatten, die ordentlichen Erfaymanner, Chriftian Salbi und Chriftian von Siebenthal zu Gericht fagen. Der Prafibent legte bem Gerichte bas Refusationsgesuch gegen Ersagmann Salbi vor und zeigte an: Da bas Gericht burch ben Austritt bes lettern nicht mehr vollständig fei, fo mußten die außerordentlichen Erfagmanner beigezogen werden, um über die Refusation zu entscheiden. Bufällig war die Amtsbauer der bisberigen abgelaufen und bas Gericht erkannte baber, es feien in geheimer Abstimmung fogleich zwei außerordentliche Erfagmanner zu mahlen. Unficht eines Umterichters, es feien biefe Bablen burch bas außerordentliche Gericht vorzunehmen, blieb in Minderheit. Nach geschehener Wahl wurde von dem nun vollständigen Gericht das Refusationsgesuch gegen Saldi sofort beurtheilt und verworfen, worauf Erfagmann Salbi feine Stelle wieder einnahmtvodnettell unik rad dun archall nied

Herr Fürsprecher Roschi protestirte gegen diese "ungesetzliche" Konstituirung des Gerichts und trug darauf an: Die Gebrüder Friedrich und Johann Samuel Reichenbach seien nicht schuldig sich vor dem heute konstituirten Gerichte einzulassen. Diesem Antrag traten die Cheleute Annen ebensalls bei; herr Bezirksprokurator hürner schloß dagegen auf Abweisung desselben.

Das Amtsgericht erkannte hierauf: es sei in die gesstellte Vorfrage nicht einzutreten. Gegen diesen Entscheid erklärte der Bevollmächtigte der Gebrüder Reichenbach sofort die Appellation.

Die Polizeikammer sprach dagegen den Appellanten ihren Exceptionsschluß zu, unter Suspension der Kosten zur Hauptsache, unter Annahme folgender Erwägungsgründe:

Daß sich aus den Aften nicht ergiebt, daß die Amtsrichter von der zu treffenden Wahl von außerordentlichen Ersatmännern zur Zeit in Kenntniß gesetzt worden sind.

Daß aber ohne vorherige rechtzeitige Mittheilung über Vornahme eines Geschäfts nicht angenommen werden kann, daß ein abwesendes Mitglied des Gerichts "verhindert" geswesen sei an der Verhandlung Theil zu nehmen.

Daß demnach der Fall, wo Art. 9 des Gesetzes vom 31. Juli 1847 eine Vertretung der ordentlichen Mitglieder des Amtsgerichts durch Ersatmänner erlaubt, nicht vorshanden war, und die getroffene Wahl zweier außerordentslichen Ersatmänner nicht als vom gesetzlich konstituirten Amtsgericht getroffen, angesehen werden kann.

bentliche ill annanger zu wählen. I

Böswillige Eigenthumsbeschädigung.

In den Jahren 1850, 1851 und 1852 bewohnte Herr Oberst Wyttenbach von Zimmerwald das Haus des Herrn Spezierers Locher in Bern. Infolge von Zwistigkeiten jedoch, welche zwischen Herrn Locher und der Frau Wyttenbach wegen mangelhafter und unsauberer Unterhaltung des ausgewiesenen Logis ausbrachen und sogar einen rechtlichen Auftritt zur Folge hatten, verließ herr Oberst Wyttenbach mit seiner Gattin noch vor dem vertragsmäßigen Ablauf der Miethzeit das Haus des herrn Locher.

Nach diesen Borfällen wurde nun der Laden des Herrn Locher, die Wände und Arkadenpfeiler mehrmals mit Koth bestrichen, Kehricht im Gang und in der Laube ausgeleert und Schmähschriften an die Pfeiler und an den Laden gesheftet, in denen die Familie des Herrn Locher, sowie dieser selbst arg beschimpft wurden.

Der Damnisikat machte jedesmal der Stadtpolizei Anszeige von diesen Beschädigungen und Beschimpfungen, ohne jedoch Indicien für die Thäterschaft angeben zu können. In der Nacht vom 22. auf den 23. Februar 1853, ungesfähr neun Monate nach dem Herr Wyttenbach seine Miethe bei Herrn Locher aufgegeben hatte, wurden die am Plasond der Arcade angebrachte Frescomalereien des Herrn Locher mit Dinte so besprift, daß sie als gänzlich ruinirt angessehen werden mußten.

Nicht lange nachher bekannte die Magdalena Tschirren, gewesene Röchin bei Herrn Wyttenbach, sie habe auf Ansstiften der Frau Wyttenbach hin, die Beschmierungen mit Koth vorgenommen.

In der Untersuchung und bei der Hauptverhandlung sagte die Tschirren das Nämliche aus und fügte bei: Frau Wyttenbach habe ihr gesagt, sie solle einen Mann aufstreiben, der gegen eine Belohnung den Laden des Herrn Locher beschmiere. Aus Furcht aber, es möchte auskommen, habe sie diese Beschmierungen selber vorgenommen und sodann auch unter dem Dictate der Frau Wyttenbach einen Schmähbrief gegen Herrn Locher geschrieben und in der Laube vor dem Laden des Herrn Locher angeheftet. Einen zweiten habe sie an einem Pfeiler gegen die Gasse besestigt, wosür ihr Frau Wyttenbach Fr. 2 bezahlt habe. Außerdem habe die letztere nicht nur sie, sondern auch ihre Freundin, die Frau Blau, geb. Schmiz, mehrmals aufgefordert, eine Verunreinigung mit Blut vorzunehmen.

Die Frau Blau deponirte etwas abweichend: Frau Wyttenbach habe öfters zu ihr gesagt, es wäre schön, wenn man die Frescomalereien des Locher mit Blut bespritzen würde, daß sie es aber machen solle, habe sie ihr nicht gesagt. Frau Wyttenbach stellte die Angaben der Tschirren und der Blau auf's Bestimmteste in Abrede und behauptete, in Uebereinstimmung mit ihrem Ehemanne, die Tschirren

habe felbst einen glühenden bag gegen Berrn Locher gehabt und fich oftmals geäußert, fie wolle bemfelben noch irgend welchen Schaden gufügen. Gie habe ihr aber immer abge= wehrt und fie endlich aus bem Dienft entlaffen, es fei nun leicht möglich, daß herr Locher die Tschirren auf unloyale Weise zu ihren Aussagen bestimmt habe. Die Beugen, Frau Rehrli, Magdalena Genn, Magdalena Rurz und Elife Rrebs. bestätigten die Ausfagen der Frau Wyttenbach. Der Zeuge, Johannes Schlup, Gartner, beponirte: Berr Locher habe ihn zu fich beschieden und ihm erflärt, er sei so viel als überwiesen, die Bespritung mit Dinte gemacht zu haben, er folle daher nur bekennen, er, Locher, wolle dann feine Bestrafung nicht verlangen, es fei ihm befonders daran gelegen, daß die Urheberinnen, Frau Wyttenbach oder Frau Wulft gestraft werden, ihm bagegen wurde er eher etwas geben als eine harte Strafe gegen ihn aussprechen laffen.

Von Herrn Locher wurde endlich auch noch angezeigt, daß Jülie von Bonstetten Leute aufgereizt habe, ihm seine Malereien zu beschmieren, namentlich die Frau Küng, geb. Schneider.

Diese bestätigte die Anzeige als richtig, erklärte aber, sie habe dieses Ansinnen von der Hand gewiesen. Die Jülie von Bonstetten läugnete Ansangs, gab aber bei der Haupt-vertheidigung ihre Betheiligung wenigstens theilweise zu, blieb jedoch dabei, durchaus ohne Auftrag der Familie Wyt-tenbach gehandelt zu haben, sie hasse Herrn Locher auf eigene Nechnung. Die Angeschuldigten waren nicht schlecht beleumdet.

Herr Wilhelm König, Gypser und Maler und Herr Oberst Gatschet in Bern, als gerichtlich ernannte Experten, schätzten den dem Spezierer Locher durch die Beschmierung seiner Freskomalereien zugefügten Schaden im Ganzen auf Fr. 480, und zwar abgesehen von den verschiedenartigen Beschädigungen, indem schon durch erste Beschmierung der Werth des Ganzen verloren gewesen sei und eine Wieders

herstellung schon damals so viel gekostet haben würde, als nach der Bespritzung der Dinte.

Bei der Hauptverhandlung stellte die Civilparthei den Schluß: Es sollen sämmtliche drei Angeschuldigte solidarisch zum vollständigen Ersate des Schadens und zu Bezahlung der Kosten verurtheilt werden.

Das Amtsgericht Bern erflärte unterm 30. Juni 1853 bie Magdalena Tichirren ber boshaften Gigenthumsbeschäbi= gung und bes Unschlagens von Schmähschriften am Sause bes herrn Locher für schuldig und verurtheilte forreftionell Die Wyttenbach ju Fr. 100 Bufe und einem Jahr unabfäuflicher Leistung aus den Amtsbezirken Bern und Geftigen, die Tschirren zu Fr. 100 Buße und zu einem Jahr unabfäuflicher Leiftung aus dem Amtsbezirke Bern und die Julie von Bonstetten zu Fr. 25 Buge und zu drei Monaten unabfäuflicher Leiftung aus dem Amtsbezirfe Bern. Die Wyt= tenbach und die Tschirren solidarisch zu Fr. 480 Entschädi= gung an herrn Locher, für welche die Angeschuldigte von Bonstetten jedoch nicht haftbar erflärt wurde. Endlich die Wyttenbach zu 3/6, die Bonstetten zu 2/6 und die Tschirren zu 1/6 der Untersuchungskosten, die Tschirren und die Wittenbach folidarisch für 4/6. Gegen dieses Urtheil erklärte die Julie von Bonftetten, Die Frau Wyttenbach, sowie Die Staatsanwaltschaft bie Appellation.

Die Polizeikammer bestätigte im wesentlichen das erstinstanzliche Urtheil in Annahme folgender Betrachtungs= gründe.

Daß der Thatbestand folgender strafbaren Handlungen hergestellt ist:

1) Einer wiederholten boshaften Beschädigung des Hauses des Spezierers J. F. Locher, mittelst Verunreinigung und Verwüstung des Ladens, Plasonds, der Wände und der daselbst angebrachten Frescomalereien.

2) Des wiederholten Anschlagens von Schmähschriften gegen ben bemeldten J. F. Locher, an bessen Hause;

daß die beklagte Magdalena Tschirren der physischen Urheberschaft einer dieser Beschädigungen und des Ansschlagens zweier der angehefteten Schmähschriften geständig und überwiesen ist;

daß der intellektuellen Urheberschaft dieser Beschädisgungen und Schmähschriften, zwar nicht geständig, aber durch folgende Indicien überwiesen erscheint: die besklagte Frau Wyttenbach,

- a. durch die Aussagen der Mitangeschuldigten Magdaslena Tschirren unter Umständen, welche die Wahrsheit derselben, als unzweifelhaft erscheinen lassen, indem sie weder durch den persönlichen Haß der Tschirren gegen Locher, noch durch ihren in sittlicher Hinsicht üblen Ruf entkräftet werden,
- b. durch die damit übereinstimmenden Aussagen eines, wenn auch verdächtigen, Zeugen der Frau Blau,
- c. durch die Aussagen der Mitangeschuldigten Jülie von Bonstetten, die in Berücksichtigung des nähern Verkehrs, den sie mit Frau Wyttenbach unterhielt, um so glaubwürdiger und bedeutungsvoller ersscheinen,
- d. durch die erwiesene Feindschaft mit ihrem frühern Hausherrn Locher, welche sich namentlich daraus ergiebt, daß sie dessen Haus vor Ablauf der Miethzeit verließ, sowie aus Aeußerungen, welche sie über denselben in Gegenwart vor Zeugen that, und durch welche sie ihre feindselige Gesinnung gegen Locher an den Tag legte,

daß die beklagte Jülie von Bonstetten der Ansstiftung zum Vergehen der Beschädigung des Lochersschen Hauses theils geständig, theils durch die Aussagen dreier verdächtigen Zeugen als übers

wiesen erscheint, dagegen nicht bewiesen ist, daß die fraglichen Beschädigungen infolge dieser Anstiftung verursacht worden seien,

daß der Frau Wyttenbach und der Magdalena Tschirren bose Absicht in einem hohen, der Jülie von Bonstetten aber in einem gewöhnlichen Grade zur Last fällt,

daß die Verletzung des öffentlichen Anstandes, die Größe des verursachten Schadens und die Mehrheit der Vergehen und bei Frau Wyttenbach insbesondere noch das hartnäckige Läugnen schärfend auf die Strafe einwirken.

la chambre de police

IV.

"Le président du tribunal de district n'est pas compétent "de prononcer, en application des art. 280 à 283 du "code de procédure pénale, une peine à raison de voies "de fait qui auraient été commises à l'audience du "tribunal de district."

Le 1 mars 1853, pendant que le tribunal du district de Porrentruy siégeait comme tribunal civil et consulaire, l'avocat Désiré Kohler s'avança vers l'avocat Elsesser qui, après avoir plaidé dans une affaire, venait de s'asseoir au banc des avocats, et lui appliqua un soufflet sur la face, sur quoi le président du tribunal, se fondant sur l'art. 280 C. p. p., le condamna à fr. 50 d'amende.

Le lendemain, l'avocat Elsesser porta plainte au préfet de Porrentruy au sujet de cette voie de fait, et demanda qu'une enquête fût instruite contre Désiré Kohler et celuici condamné à la peine légale et en outre à des dommages-intérêts.

Sur ce, le juge d'instruction renvoya l'affaire, après la clôture de l'instruction préliminaire, et, d'accord avec

le substitut du procureur général, au tribunal correctionnel pour statuer. L'audience des débats fut fixée au 31 mai 1853, où le prévenu fit défaut. Le tribunal crut devoir néanmoins statuer d'office, d'abord sur la question de compétence qu'il trancha affirmativement, après avoir entendu le ministère public et la partie civile en leurs plaidoiries; mais le tribunal ne s'arrêta pas là: il examina de même d'office l'exception de la chose jugée (basée sur le jugement précité du président du tribunal), et la trancha aussi, malgré la protestation de la partie civile contre ce mode de procéder illégal, en faveur du prévenu défaillant. - Appel de ce jugement fut interjeté par le ministère public et la partie civile, ensuite duquel les parties comparurent, le 17 septembre 1853, devant la chambre de police de la cour d'appel et de cassation pour voir statuer sur la question de droit susmentionnée. A cette audience, le ministère public demanda d'abord la parole pour soulever une question incidente, et, après qu'elle lui eut été accordée par le président, il conclut éventuellement:

- 1) à ce que le mode de procéder en entier suivi dans cette affaire, ainsi que le jugement du président du tribunal, du 1 mars, et celui rendu par le tribunal lui-même, le 31 mai 1853, soient cassés d'office;
- 2) à ce qu'il soit donné ordre au tribunal de faire consigner, entant que cela n'aurait pas déjà eu lieu, les voies de fait en question, conformément à l'art. 22 du code de procédure civile, et de renvoyer l'affaire au juge pénal;
- 3) à ce que les frais du mode de procéder annulé et des jugements cassés soient mis à la charge du fisc, sans qu'aucune des parties en cause ait néanmoins rien à réclamer à ce sujet.

M. Brunner, avocat, au nom de la partie civile, déclara se joindre à ces conclusions; il demanda toute-fois que le fisc, ou le prévenu Kohler, fût condamné aux frais de la partie civile.

A l'appui de ces conclusions incidentes, il fut exposé essentiellement: Que la scène du 1 mars 1853 constitue, d'après les dispositions précises des art. 309 et 311 du code pénal, un délit qui est uniquement de la compétence du tribunal correctionnel (art. 1 du code de procédure pénale, combiné avec les art. 47 et 49 de l'organisation judiciaire de 1847); que cette manière de voir concordait parfaitement avec l'usage français admis notamment par la cour de cassation, et que le tribunal correctionnel de Porrentruy s'était aussi prononcé sur cette question par sa décision sur la compétence. Il en résulte que le président du tribunal, en sa qualité de juge civil, est incompétent de prononcer de son chef sur de pareils délits, - ce qui a pourtant eu lieu au cas particulier par le président du tribunal de Porrentruy; - il ne pouvait, au reste, invoquer l'art. 280 C. p. p., déjà par le motif que cette disposition ne concerne que les tribunaux correctionnels, qui sont, sans cela, déjà compétants en matière correctionnelle, et peuvent par conséquent juger et punir immédiatement les délits commis à l'audience, en tant qu'il n'ont pas dégénéré en crimes. - Mais, c'est le tribunal civil qui a siégé le 1 mars, auquel le droit de prononcer une peine n'était point conféré, et l'application par analogie de l'art. 280 C. p. p. n'aurait pas dû être admise; le législateur a prévu ces cas dans l'art. 22 code pr. civ., suivant lequel il doit être dressé procès-verbal des faits de manque de respect, dégénérés en délits, et l'affaire renvoyée au juge pénal. Cette disposition est notamment applicable au cas particulier, où il ne s'agit pas seulement d'un manque de respect, mais d'un délit proprement dit (voie de fait), lequel, conformément au

code pénal et à l'usage constamment suivi, est à juger par le tribunal pénal. L'incompétence du président du tribunal civil, au sujet du jugement du 1 mars, n'a pas, en conséquence, été seulement relative, et ne peut être levée par suite d'une simple omission de moyens juridiques à son encontre, elle était au contraire absolue, et le jugement qui s'en suivit est entaché d'une nullité radicale. Au reste, la partie civile n'aurait pu faire valoir ses moyens juridiques contre le dit jugement, parce que celui-ci n'a eu pour objet que le manque de respect dû au tribunal, et non les mauvais traitements exercés sur la personne du plaignant; la partie lésée avait dès-lors, dans la supposition même que le jugement du président du tribunal serait maintenu, encore toujours le droit de poursuivre le prévenu pour cause de mauvais traitements, attendu qu'à teneur de l'art. 5 C. p. p., on ne peut plus poursuivre pour la même action seulement celui qui à déjà été légalement condamné, mais non pas celui auquel une peine disciplinaire a été infligée par le président d'un tribunal civil, et ce, d'une manière illégale. - Par contre, ce n'était pas, en effet, l'intention du législateur de provoquer deux jugements qui assujettissent à des peines, pour le même fait, jugements dont l'un prononce une peine disciplinaire seulement, et l'autre une peine correctionnelle; le premier est dès-lors à envisager comme nul et non avenu, - et, comme l'arrêt rendu à l'audience du 31 mai a pour base ce dit jugement, il faut que la cassation de toute la procédure postérieure soit prononcée, puisque celle-ci s'étaie sur un arrêté entaché de nullité absolue et sur le faux principe d'une double condamnation relativement à la même action. - Enfin, on a encore fait valoir que l'exception de la chose jugée ne peut être soulevée d'office, mais doit être invoquée en la forme d'une question incidente par le prévenu dui-même. (art. 310 C. p. p.) tramagouq M. Kurz, défenseur du prévenu, a conclu au débouté des conclusions prises, sous suite des frais. — Il fit va-loir à l'appui:

Le soufflet donné par Kohler à Elsesser n'a été qu'une injure de fait qui doit être classée dans la catégorie des offenses à l'honneur, lesquelles, aux termes du S. 65 du code de pr. civ., peuvent aussi être punies d'une peine disciplinaire par les tribunaux civils, ce qui a eu lieu au cas particulier, et c'est pour cela que le jugement du 1 mars doit être envisagé comme ayant été prononcé compétemment; en tous cas, et au pis aller, l'incompétence de M. le président du tribunal civil n'est que relative, puisque la condamnation des délits commis devant le tribunal ne lui est pas retirée d'une manière absolue; M. Elsesser aurait dû, en conséquence, se pourvoir en nullité contre le jugement du 1 mars, mais comme il a omis de le faire, celui-ci a passé en force de chose jugée, et la thèse "non bis in idem" est entièrement applicable au cas particulier. La cassation de la procédure instruite ne peut être admise déjà par la raison que les prescriptions de la loi ont été suivies en tout; et que, notamment, le jugement du 1 mars a passé en force de chose jugée, abstraction faite qu'à teneur du code de procédure pénale, une pareille cassation n'est en général point admissible. A mais el equil tae's selleup

Sur ce, la chambre de police a prononcé la jugement suivant: le moite a route de moite em mos asquisses de police a prononcé la juge-

considérant: luanos to livio lamidit

- 1. Qu'aux termes de l'art. 1 du code de pr. pén., aucune peine ne peut être infligée que par une autorité compétente, en application d'une loi et suivant les formes légales.
- 2. Que d'après les art. 47 à 52 de la loi sur l'organisation judiciaire, du 31 juillet 1847, le jugement des

crimes, délits et contraventions compète exclusivement aux juges et tribunaux institués pour les matières pénales.

- 3. Que si les art. 280 à 283 C. pr. pén. conférent à ces juges et tribunaux le droit de prononcer une peine, séance tenante, à raison de voies de fait qui auraient été commises à l'audience, en tant quelles n'auraient pas dégénéré en crimes flagrants, ce mode de procéder est basé sur le motif que les juges ou tribunaux de justice répressive possèdent déjà comme tels la juridiction en matière pénale.
- 4. Que, par contre, les tribunaux civils ne peuvent avoir et n'ont pas en effet de pareilles attributions répressives; qu'au contraire et au vu de l'art. 22 C. pr. civ., la compétence disciplinaire des juges et tribunaux, en matière civile, est limitée pour les cas d'atteintes portées au respect qui leur est dû, à prononcer soit une amende qui peut s'élever à fr. 50, ou un emprisonnement de 48 heures au plus; que, par contre, et aux termes du second alinéa de l'article précité, si l'atteinte revêt le caractère d'un délit plus grave ou d'un crime, il doit en être dressé procèsv-erbal au protocole, et l'affaire renvoyée au juge pénal.
- 5. Que, dans le moment où les voies de fait auxquelles s'est livré le sieur Kohler contre le sieur Elsesser ont eu lieu, le tribunal du district de Porrentruy ne siégeait pas comme tribunal correctionnel, mais comme tribunal civil et consulaire.
- 6. Qu'ainsi, le tribunal de Porrentruy, siégeant en la prédite qualité, ne pouvait user que des attributions disciplinaires que lui conférait l'art. 22 du code de procédure civile, et nullement faire usage de la compétence pénale qui lui appartient comme tribunal correctionnel, aux termes des art. 280 à 283 C. pr. pén.

- 7. Que par suite et attendu qu'il ne s'agissait pas seulement, au cas spécial, d'une simple atteinte portée au respect dû au tribunal, mais aussi de voies de fait commises de la part de M. Kohler envers la personne de M. Elsesser, le tribunal de Porrentruy aurait dû se borner à faire dresser procès-verbal au protocole de ce délit, et transmettre l'affaire au juge pénal.
- 8. Qu'au surplus, une décision pareille aurait dû émaner du tribunal lui-même et non du président, puisque la scène dont s'agit a eu lieu à l'audience du tribunal et non à celle du président.
- 9. Que dès-lors, le jugement du président du tribunal de Porrentruy, du 1 mars 1853, qui, du reste, n'est pas même expédié d'une manière convenable, est, sous tous les rapports, incompétemment rendu, vicié dans la forme et illégal.
- 10. Qu'en conséquence, le mode de procéder qui a été suivi dans cette affaire est dans tout son ensemble illégal et entaché d'une nullité radicale;

Par ces motifs,

La chambre de police adjuge les conclusions prises par le procureur- général à cette audience.

sident de Porrentruy, du 29 septembre 1853, est enquié.

Pourvoi en nullité d'un jugement de simple de police le pourvoi en nullité d'un jugement de simple de la solice le solice de police le solice de la solice de la

sont mis à la charge du jugy de Porrentruy.

"La peine édictée par la loi doit être appliquée intégrale— MENT à tous les coupables et condamnés."

Par son jugement du 29 septembre 1853, le juge de police de Porrentruy faisant application de l'art. 479, Nr. 8 du code pénal français, a condamné Xavier Merguin et Constant Rérat — prévenu de tapages nocturnes et injurieux — solidairement à onze francs d'amende et aux frais.

Le ministère public s'étant pourvu en nullité de ce jugement, la chambre de police de la cour d'appel et de cassation a statué comme suit:

CONSIDÉRANT

- que, d'après les premiers principes du droit pénal, la peine édictée par la loi doit être *intégralement* appliquée à tous les coupables et condamnés;
- que le juge de police de Porrentruy, en condamnant Xavier Merguin et Constant Rérat, pour fait de tapages nocturnes et injurieux, solidairement à onze francs d'amende, a ainsi prononcé contre chacun des prévenus une amende inférieure au minimum fixé par l'art. 479, Nr. 8 du code pénal;

que dès-lors, le pourvoi en nullité du substitut du procureur général se trouve justifié par l'art. 472, Nr. 3 du code de procédure pénale.

Par ces motifs,

la chambre de police

ARRÊTE:

les conclusions prises

- 1. Le jugement de première instance du vice-président de Porrentruy, du 29 septembre 1853, est annulé.
- 2. L'affaire est renvoyée au juge de police de Delémont pour être jugée de nouveau.
- 3. En vertu de l'art. 475 C. pr. pén., les frais sont mis à la charge du juge de Porrentruy.

La peine édictée par la loi-Wit être appliquée intégrals

"La loi française, du 3 septembre 1807, sur l'usure, est encore en vigueur dans le Jura bernois."

Sous la date du 7 mai 1853, une plainte a été portée contre Jules Block, négociant à Porrentruy, par Edouard

Hantz, au même lieu, — Jean-François Gigon, à Chevenez, — et François Saunier, à Montancy, — dans laquelle Block est accusé du délit d'usure. Plusieurs autres personnes entendues dans la suite de la procédure ont confirmé ce fait, Block s'étant aussi rendu coupable d'usure envers elles.

A l'exception de la déclaration faite en audience publique par l'avocat Berberat, dans un procès ventilant entre le banquier Choulet et Jules Block, que celui-ci avait exigé du premier le 10 % d'intérêts, en vertu d'une convention, — fait qui a été avoué par les deux parties, — Jules Block a dénié tous les autres griefs énumérés par les plaignants et les témoins entendus.

Par son jugement du 22 août 1853, le tribunal du district de Porrentruy a condamné Jules Block à mille francs d'amende et aux frais; statuant sur la demande en restitution formée par Gigon et Saunier, le tribunal a condamné le prévenu à rendre au premier la somme de fr. 4. 10, — et au second, celle de fr. 9. 35, — et aux frais.

La chambre de police de la cour d'appel et de cassation ayant été saisie de cette affaire ensuite de l'appel interjeté par le prévenu, a — par son arrêt du 16 novembre 1854, — faisant droit aux conclusions de M. le procureur général du canton, confirmé le jugement de première instance.

Cet arrêt est basé sur les motifs suivants:

que l'art. 3 de cette manadizacona restitution de l'exce-

qu'il résulte des actes de l'enquête et des dépositions des témoins entendus que le prévenu Block a perçu des intérêts excédant le taux du cinq et même du six pour cent;

qu'il est également établi par les diverses opérations de prêts d'argent qu'il a faites successivement, et notamment par la convention conclue avec le banquier Choulet à Porrentruy, par laquelle l'intérêt des sommes prêtées a été fixé au 10 %, que le prévenu Block fait habituellement des prêts usuraires;

qu'en ce qui concerne la fixation de l'intérêt, l'art. 1907 du code Napoléon, en vigueur dans le Jura, porte ce qui suit: "l'intérêt légal est fixé par la loi;"

- que, dans leur exposé des motifs au corps législatif, les orateurs du gouvernement ont commenté comme suit cette partie de l'article précité: "Nous n'avons "pas touché à la fixation de l'intérêt légal. Cette "fixation ne peut appartenir qu'au gouvernement, "et les mesures que le gouvernement peut prendre "à cet égard ne doivent pas être précipitées;"
- que le pouvoir d'alors a, en vertu de la loi du 3 septembre 1807, fixé l'intérêt tant conventionnel que légal, en matière civile, à cinq pour cent, et en matière de commerce, à six pour cent, le tout sans retenue;
- que par suite, la loi précitée est une loi supplémentaire et inséparable de l'art. 1907 du code Napoléon, et qu'elle n'a été abrogée par aucune disposition législative subséquente;
- que dès-lors, il résulte de ce qui précède que le prévenu Block est convaincu d'usure, — qu'il s'y livre habituellement, — qu'en conséquence, il est passible de la peine édictée par l'art. 4 de la loi précitée;
- que l'art. 3 de cette loi prescrit la restitution de l'excédent d'intérêts indûment touchés; que néanmoins, la somme réclamée par Saunier dépasse celle perque par Block en sus du taux légal.

Par ces motifs, confirme etc. vois qu'il est également établi par les diverses opérations

de prêts d'argent qu'il a faites successivement, et

Forestingua est mais ser especie) :

The contract of the contr

out it work one is a second to a second of the second of t